

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1677

„Aus den Lannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 18 RM, 80 Pf., in Ratenzahl 12 RM, 50 Pf. Einzelhefte 3 RM, 50 Pf. Fernsprecher Nr. 11. Bei Abbestellung des Abonnements ist der Abbestellungspreis zu zahlen. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörungen behält sich Anspruch auf Dotation.

Nr. 154.

Altensteig, Montag den 31. Oktober.

Jahrgang 1921.

## Die Kohlenkrise.

Der Verlust Oberschlesiens bedeutet für Deutschland eine Verschärfung der Kohlenkrise. Wir sind nunmehr in der Hauptsache auf das Ruhrgebiet angewiesen. Wenn die Förderzahlen für September 1921 zugrunde gelegt werden, haben wir ein Jahresergebnis von 96 Millionen Tonnen zu erwarten. Der Zuschuß aus anderen Steinkohlegebieten ist nicht erheblich. Davon sind die Zwangslieferungen für den Verband mit rund 24 Millionen Tonnen abzuziehen. Unser Inlandsverbrauch beträgt indessen mindestens 110 Millionen Tonnen, den wir nur dann einschränken können, wenn wir unsere Wirtschaft noch weiter abbauen, oder aber wir müßten die Kohleneinfuhr noch weiter steigern, was die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie im Ausland vermindern müßte. Denn die englische Kohle würde angesichts des Tiefstands der deutschen Marktverhältnisse mäßig teuer sein. Vernünftiger wäre es daher, die Inlandsförderung zu steigern. Durch die Wiedereinführung der Uberschichten ließe sich das erreichen. Seit ihrem Ausfall ist die arbeitstätige Förderung im Ruhrgebiet allein um 40 000 Tonnen zurückgegangen. Dabei steigen die Erzeugungskosten in dem Maß, wie die Belegschaft und die Löhne wachsen. Die deutschen Bergarbeiter im Ruhrgebiet verdienen heute bei 17-stündiger Arbeitszeit — ohne Uberschichten — über 80 Mark täglich, die notwendigen Lebensmittel werden ihnen zu verhältnismäßig billigem Preis geliefert, außerdem beziehen sie Lebensmittelzuschüsse. Frankreich, das vor dem Krieg ein Kohleneinfuhrland war, führt heute erhebliche Mengen aus. Das ist die Folge des Spa-Abkommens, das in Frankreich Kohlenüberschuß verursacht hat, während in Deutschland die Kohlenbedeckung von Tag zu Tag knapper wird. Deutschland hat zwar 1920 auch 22,6 Millionen Tonnen Steinkohlen ausgeführt. Allein hieron gehen 14,2 Millionen Tonnen auf Rechnung des Verbands. Weiter hat Polen 2,8 Millionen Tonnen erhalten, während die Länder der ehemaligen Donaunbarchie rund 3,5 Millionen Tonnen bezogen. Diese Mengen sind in der Hauptsache von Oberschlesien geliefert worden, sodas diese Ausfuhr künftig für uns wegfällt. Es bleibt also für Deutschland nur eine Ausfuhr von 2 Millionen Tonnen übrig, von denen allein 1,4 Millionen Tonnen nach Holland gingen. Vor dem Krieg hatten wir eine Steinkohlenausfuhr von 24 Millionen Tonnen, denen eine Einfuhr von 10 Millionen Tonnen gegenüberstand. Das macht einen reinen Uberschuß von 14 Millionen Tonnen aus. Die Wiedereinführung in Deutschland hat zu einer starken Zunahme der Einfuhr von englischer Kohle geführt. Wenn die oberschlesischen Gruben unter der polnischen Verwaltung verfallen, wie das im Dombrowabergbau geschehen ist, so werden wir die Einfuhr ausländischer Kohlen noch mehr steigern müssen. Die Ausfuhr neuer Braunkohlenfelder bietet keinen ausreichenden Ersatz. Wir müssen aus dem Ruhrgebiet mehr herausholen, also zunächst die Uberschichten wieder einführen. Die Kohlenpreise steigen, damit aber auch die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung, ohne das es möglich ist, dies durch das Hinaultreiben der Papiergeldlöhne hinabzubringen. Denn die Kaufkraft der Geldlöhne ist abhängig von dem Stärkegrad der wirtschaftlichen Gesamtzeugung.

## Notwendigkeit der Aufhebung der Zwangslieferungen in Deutscher Kohle.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Essen geschrieben: Wenn trotz all der bekannten Schwierigkeiten Deutschlands die Kohlenwirtschaft bisher zur Not aufrechterhalten werden konnte, liegt bei oberflächlicher Betrachtung nur zu leicht die Folgerung nahe, daß wir auch in Zukunft über den Berg kommen werden. Das wäre jedoch ein grober Trugschluß. Das Streben der bisher schon viel zu kurzen Kohlenbedeckung war nur dadurch erreicht worden, daß wir auf jegliche Vorratspolitik verzichteten. Die Ersatzlieferungen für die ausgebliebene oberschlesische Kohle mußten zur Aufrechterhaltung von Gas-, Wasser- und Stromwerken und andern lebenswichtigen Betrieben verwandt werden. Ferner war die Beschäftigung der deutschen Industrie durch die allgemeine Absatzkrise zurückgegangen, so daß man hier den Kohlenmangel nicht so stark fühlte. Und schließlich ermöglichte die geringere Beanspruchung der Eisenbahn für andere Transporte eine verhältnismäßig günstige Wagenstellung für den Ruhrbezirk. Nur so konnte das Ruhrrevier, das

trotz Rückgangs der eigenen Förderung nach Wegfall der Uberschichten für den oberschlesischen Ausfall hauptsächlich in die Breche springen mußte, die deutsche Kohlenwirtschaft zur Not über Wasser halten. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse geändert. Die Kohlenfrage wird durch den wegen der Kartoffelverföhrung täglich zunehmenden Wagenmangel und den äußerst niedrigen Wasserstand des Rheins immer mehr eine Transportfrage, und die Folgen des uns aufgezwungenen Verzichts auf eine Vorratspolitik machen sich erst jetzt in ihrem vollen Umfang fühlbar. Deutschland steht, noch dazu bei Beginn des Winters, vor der schwersten Kohlennot. Die meisten Städte wissen nicht, woher sie den Hausbrand für ihre Bevölkerung nehmen sollen. Auf den Halben im Ruhrgebiet liegt eine Tagesförderung von nur 300 000 Tonnen, während in der Vorkriegszeit oft einige Millionen Tonnen lagerten. Die Eisenbahn verfügt zurzeit über ein Drittel des normalen Vorrats. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke leben von der Hand in den Mund und stehen bei der kleinsten Versandstörung nach wenigen Tagen vor der Gefahr der Betriebsstilllegung. Unsere Bautätigkeit würde voraussichtlich eine ganz andere Belebung erfahren haben, wenn nicht die völlig unzulängliche Kohlenbelieferung der Zement- und Kalkindustrie so heftig davon abgehalten wäre. Ferner hätte die Zementindustrie auch etwas ausführen und die so bringend notwendigen Devisen hereinholen können; da aber bei weitem nicht der Inlandsbedarf gedeckt werden konnte, mußte ein Ausfuhrverbot erlassen werden. Die Beschäftigung der Eisenindustrie ist inzwischen besser geworden. Aber auch hier läßt sich die glatte Konjunktur wegen Kohlenmangels für die Ausfuhr nicht voll ausnutzen. Wie sollen wir aber die gewaltigen Summen für die Wiederherstellung aufbringen? Es ist Unsinn, auf der einen Seite von uns unerhörte Geld- und Sachleistungen zu verlangen und auf der andern Seite uns die einzige Möglichkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben zu nehmen, sei es durch die Wegnahme von Uberschichten oder durch die monatlichen Zwangslieferungen von besserer Kohle, deren wir in erster Linie bedürfen. Und geradezu Wahnsinn wird das Ganze, wenn man bedenkt, daß gegenüber der Kohlennot in Deutschland der Verband in Kohlen schwimmt, und daß die deutschen Zwangslieferungen zugleich eine wesentliche Schwächung des Weltkohlenmarkts herbeiführen. Die französischen Bechen können jetzt schon ihre Förderung nicht mehr absetzen; im Bezirk Douai liegen allein rund dreiviertel Millionen Tonnen Kohlen auf den Halben. Aus allem ergibt sich die Schlußfolgerung von selbst. Nachdem man uns Oberschlesien genommen, nachdem man uns die gewaltigen Lasten auferlegt, müssen jetzt wenigstens die Zwangslieferungen in deutscher Kohle ganz aufgehoben oder zum mindesten entsprechend der Zunahme der Förderung auf den französischen Gruben vermindert werden. Wird jetzt endlich klare wirtschaftliche Ueberlegung siegen oder wird weiter eine blinde, verbissene Politik der Ausschlag geben, die Deutschland unter allen Umständen völlig ruinieren will, selbst wenn dabei auch die übrige Welt mit zu Grunde geht?

## Neues vom Saag.

Gegen die Devisenspekulation.

Berlin, 30. Okt. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ erzählt, ist auf Anregung des Hansabunds im Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf gegen die Auswäusche der Börsenspekulationen in Auslandsdevisen ausgearbeitet worden.

Der bayerische Ministerpräsident für Revision der Weimarer Verfassung.

München, 29. Okt. Auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei in München führte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in einer längeren Rede a. a. über das Verhältnis zum Reich aus: Ich habe vor kurzem erklärt, daß ich gewillt bin, auf dem Boden der maßgebenden Parteibeschlüsse eine Vereinbarung mit Berlin zu treffen. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so glaube ich, daß sich aus der Gefahr, die durch den damaligen Schritt der Reichsregierung entstanden war, eine heilsame Wirkung für die Zukunft ergeben wird. Wir sind aber auch gewillt, entsprechend der damals eingenommenen Haltung mit Entschiedenheit die Rechte der Länder zu wahren. Ich glaube aber, daß ein Föderalismus (Bundesystem)

nicht nur im Interesse Bayerns, sondern des ganzen Reichs liegt. Wir müssen trachten, soweit die Weimarer Verfassung Fehler aufweist, sie auf verfassungsmäßigem Weg zu beseitigen. Wir müssen in dieser Beziehung nicht nur allein vorgehen, sondern für diesen unseren Standpunkt noch Bundesgenossen für unsere Aufgaben zu gewinnen trachten. Dies gilt sowohl von Preußen, wie namentlich von den anderen süddeutschen Ländern.

Schutzmaßnahmen gegen den Ausverkauf.

Koblenz, 30. Okt. In allen Teilen des besetzten Gebiets werden einheitliche Bestimmungen zur Berhütung des infolge des Marksturzes einsetzenden Ausverkaufs erlassen. Die Bestimmungen sind von der Rheinlandkommission des Verbands genehmigt worden.

Deutsche Kommission für den Wiederaufbau.

Paris, 30. Okt. Die Abordnung der deutschen und tschechischen Arbeiterverbände, die in Frankreich an Ort und Stelle die Aufgaben des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete zu prüfen hat, ist in Paris angekommen.

Feigheit und Hinterlist.

Paris, 29. Okt. Ministerpräsident Briand versichert in der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ den amerikanischen Freunden, Frankreich sei bereit, jeden Plan zur Herabminderung aller Ausgaben aller Länder durch Einschränkungen der Rüstungen anzunehmen. Aber wenn die Frage der Sicherheit seines Gebiets auf dem Spiel stehe, so müsse die gebieterrische Verpflichtung, diese Sicherheit zu gewährleisten, seine Haltung bestimmen. Heute habe aber Frankreich weder die Sicherheit noch Grenzen (1). Es müsse seine Sicherheit aufrecht erhalten, bis bewiesen sei, daß sie nicht länger nötig sei. (Mit anderen Worten: wenn Amerika die Gewähr für die angeblich bedrohte „Sicherheit“ Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz nicht mit übernimmt, wird Frankreich seinen Heeresstand nicht vermindern.)

Raub der deutschen Kunstschätze?

London, 30. Okt. Im Unterhaus brachte ein Abgeordneter in Anregung, die Kunstschätze in Deutschland zu beschlagnahmen und zu verkaufen, da Deutschland Schwierigkeiten bezüglich des Entschädigungsverpflichtungen geltend mache. Staatssekretär Horne versprach, die Angelegenheit der Wiederherstellungskommission zur Kenntnis zu bringen.

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 30. Okt. Der Reichswirtschaftsrat nahm den Bericht des Reparationsausschusses über das Vermögens- und Zuwachstenergesetz an und lehnte den Bericht über die Steuer vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit ab. Die Regierungsvorlagen über die Lebensmittelsteuer, die Handwaren-, Bier- und Mineralwassersteuer wurden in der Fassung des Ausschusses angenommen. Im Verfolg der Beratungen der Jollerhöbungen wurde ein Antrag auf Ermäßigung des Kaffeegolles angenommen.

Zum Prozeß gegen die Rapp-Verfälscher.

Leipzig, 30. Okt. Dr. Schiele ist durch Beschluß des Reichsgerichts unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls, nachdem er 100 000 Mark hinterlegt hatte, mit der Untersuchungshaft verschont worden.

Korvettenkapitän Erhardt erklärt in einer aus Innsbruck vom 25. Oktober datierten Aufschrift an den „Berl. Lokalanzt.“, daß er nicht daran denke, sich dem Reichsgericht zu stellen und daß er sich jedem Versuch, feiner auf andere Weise habhaft zu werden, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen werde.

Polsches Erdöl.

Strasbourg, 30. Okt. In den letzten Tagen ist, von Rehl kommend, ein vollständiger Eisenbahnzug von Kesselwagen mit polnischem Erdöl in Strasbourg angekommen. Der Zug enthielt 487 500 Liter Öl. Es ist dies die erste Sendung dieser Art auf dem Landweg seit dem Krieg. Die Ware ist von mehreren französischen Erdölfirmen aufgekauft worden.

Die Abreise Briands.

Paris, 30. Okt. Briand und die Mitglieder der französischen Delegation für die Konferenz in Washington haben Paris heute Mittag verlassen, um sich nach Le Havre zu begeben, wo sie sich nach Amerika einschiffen werden.

Dem Landw. Bezirksverein Nagold. Am gestrigen Sonntag fand im Saal der „Traube“ in Nagold zunächst vormittags eine Gesamtschulung und nachmittags eine Mitgliederversammlung statt. In der Ausschulung bildete hauptsächlich der Preisausschlag der Jungviehweide das Hauptthema, denn der verlargte Preisausschlag ist ein so wesentlicher, daß sich der Landw. Bezirksverein vor die Frage gestellt sieht, ob er den Jungviehweidebetrieb unter diesen Bedingungen noch aufrechterhalten kann. Gegen 160 Mk. Weidogeld im letzten Jahr soll dies künftig 4-500 Mk. betragen. Beschlossen wurde, den Versuch der Aufrechterhaltung der Jungviehweide zu machen, der dann gesichert ist, wenn bis Dichtweg genügende Anmeldungen hierfür unter obigem Preis vorliegen. Sollte dies nicht der Fall sein, würde die Jungviehweide als Schafweide verwendet, was finanziell für den Verein günstiger wäre. Einem Besuch des Calwer Bezirksvereins, günstigere Bedingungen als bisher für den Jungviehweidebetrieb zu bekommen, konnte nicht entprochen werden. Ebenfalls einem Besuch des Schafweidepächters Kugler um Ermäßigung (durch die Trockenheit begründet) und einer Ueberlassung der Schafweide über die Zeit der Abmähung hinaus. Der Verein verfährt über einen Differenzbetrag von ca. 10 000 Mk., der durch eine Differenz von 2 Pfg. pro Liter bei der Belieferung Pforzheims entstanden. Beschlossen wurde, diesen Betrag den Ortsvereinen je nach dem Anteil der Milchlieferung seitens der betr. Orte, zuzuwenden. Das Gesuch der Landw. Winterschule in Calw um einen erhöhten Beitrag für dieselbe wurde zurückgestellt und beschlossen, gemeinsam mit der Stadt Nagold Schritte zur Gewinnung einer Landw. Winterschule in Nagold für den Bezirk zu tun. Bezüglich der Ausbringung von Kartoffeln für wirtschaftlich Schwache sind von den meisten Bezirksorten Kartoffeln zur Verfügung gestellt worden und warten auf ihre Bestimmung und Abholung. Dem Ziegenzuchtverein Altensteig wurde zu seiner kürzlich stattgefundenen Ausstellung und Prämierung ein außerordentlicher Beitrag von 50 Mk. bewilligt, ein laufender Beitrag für den Bezugszuchtverein abgelehnt. Da der Hauptverein den Jahresbeitrag für jedes Mitglied auf 10 Mk. erhöht hat, wurde beschossen als Gesamtbeitrag 15 Mk. vorzusehen. Für Zeichnung von Stiften zum Hause der Landwirte in Stuttgart wurde vom Hauptverein aufgemuntert. Ein Teil der Ortsvereine entsprochen bereits dieser Anregung.

Die Mitgliederversammlung wurde um 2 Uhr vom Vorstand Kleiner eröffnet und zwar mit dem Bedauern, daß nicht mehr Landwirte der Einladung Folge geleistet haben, auf die ungeheuren Opfer hinweisend, welche infolge des verlorenen Krieges die Landwirte bringen sollen. Er widmete dem früheren König anlässlich seines kürzlich erfolgten Ablebens einen warmherzigen Nachruf und forderte auf, sich zum Zeichen dankbaren Gedenkens von den Sigen zu erheben, was geschah. Dr. Grammel vom Landw. Hauptverband hielt alsdann den angekündigten Vortrag über die Steuern und die Landwirtschaft. Der Redner betonte in seiner Einleitung, die Notwendigkeit der Erhaltung eines leistungsfähigen und freien Bauernstandes. Wohl wolle man auch in Regierungskreisen die Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit erhalten, man glaube ihr aber alle möglichen Steueropfer aufbinden zu müssen. Gewiß sei auch die Landwirtschaft bis zu ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, Steuern zu bezahlen, aber nicht darüber hinaus. Den Steuern und Steuervorlagen hingen große Mängel an, die beseitigt werden müßten. Die frühere Steuerbefreiung sei überholt; man siehe vor einer ganz neuen Gesetzgebung mit 15 neuen Steuerentwürfen. Während beim Reichsnet-

oper noch der Ertragswert zu Grunde gelegt worden sei, wolle man bei den Besitzsteuern nun den gemeinen Wert zu Grunde legen. Diese Veranlagung bedeute eine wesentliche Rechtsbelastung und man müsse Verwahrung dagegen einlegen, daß mit dem Begriff des gemeinen Wertes kein Unfug getrieben und Liebhaberwerte angenommen würden. Der Bauer könne mit Liebhäberpreisen nichts machen. Es müsse eine mittlere Linie eingehalten werden. Wenn auch an dem Körperschaftssteuergesetz nicht viel auszufügen sei, so müsse doch der allzuhohe Steuerfuß bilmpliert werden. Die Umsatzsteuer sei eine Hauptsteuer, welche für die Landwirtschaft in Betracht komme. Bekanntlich sollte diese zunächst auf 3% erhöht werden, nun seien 2% vorgeschlagen. Selbst der gemöhnliche Kaufsch sei auch umlohterpflichtig. Die Tabaksteuer sei von geringerer Bedeutung für die Landwirte unserer Gegend. Dagegen müsse die Fahrzeugsteuerung ganz entschieden abgelehnt werden, schon auch deshalb, weil sie schon in der Betriebssteuer enthalten sei. Nachdem der Redner die verschiedenen Steuerentwürfe durchgesprochen hatte, kam er auf die Frage der Goldwertbesteuerung zu sprechen, der besondere Aufmerksamkeiten geschenkt und die Entschieden belämpft werden müsse. Damit wäre mit einem Schlag die ganze Landwirtschaft sozialisiert. Man müsse sich fragen, ob es überhaupt noch einen Zweck habe, sich abzuscheiden. Interesse habe die Landwirtschaft daran, daß eine Befreiung durch unsere Feinde verhindert werde und so sei man entschlossen, bezüglich der Steuerveranlagung bis zum Äußersten zu gehen. Die Grenze sei aber bereits erreicht. Es müsse ein Ausbau des bisherigen Steuerrechts verlangt werden. Auch bei den neuen Steuerentwürfen werde man die Abwicklung nicht verlassen, aber den Gedanken der Goldwertbesteuerung müsse die Landwirtschaft unter allen Umständen ablehnen. Der Bauernstand müsse in seiner heutigen Eigenart erhalten bleiben; er müsse ein freier Bauer auf seiner eignen Scholle sein. Wenn die Löhne der landw. Arbeitskräfte und die Steuer zu hoch würden, dann sei zu befürchten, daß der Bauer die Produktion einschränke und schließlich nur noch das Bause, was er selbst brauche. Auch die Industrie habe ein Interesse an der Erhaltung der Landwirtschaft und müsse der Landwirtschaft Verständnis entgegenbringen. Dies müsse man auch von der Arbeiterschaft und der ganzen Verbraucherschaft erwarten. Es frage sich heute: soll der Bauernstand weiterbestehen, oder soll er untergehen. Der Redner weist im Hinblick auf die Goldwertbesteuerung auch auf die Gefahren hin, die dem deutschen Volk durch unsere Feinde drohen. Die Sachwertbesteuerung müsse auch von dem Gesichtspunkt der Ueberforderung unseres Volklandes aus abgelehnt werden. Der Redner betont die Notwendigkeit der Kooperation u. der gemeinsamen Abwehr und ermahnt die Bauernschaft, sich auch um die Wirtschaftspolitik zu kümmern. In der Frage der Sachwertbesteuerung habe der Landw. Hauptverband eine Entscheidung gefaßt, die es zu unterstützen gelte auch durch den einzelnen Bauern. Mit einem Hinweis an die Obmannschaft schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ausführungen. Dies folgte eine kurze Diskussion, bei welcher insbesondere die Landwirtschaft und Kleiner das Wort ergriffen, letzterer betonend, daß die Besteuerung nach Goldwerten die Landwirte zu Rechten mache und auffordernd bei Wahlen keinen Kandidaten seine Stimme zu geben, der für Erhaltung der Landwirtschaft sei. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Neuweisung des Jahresbeitrags von 10 auf 15 Mk., die von der Versammlung gebilligt wurde, aufmerksam gemacht hatte, schloß er die Versammlung mit dem Danke an den Vortragredner, dem durch Erheben von den Sigen noch besonders Ausdruck verliehen wurde. Kassier Gärtner-Wildberg knüpfte noch Ausführungen über den Stand der Kaffe an.

Der neue Personentarif. Für die Reichseisenbahnen tritt am 1. Dezember wiederum ein erhöhter Personentarif in Kraft. Die einstufige Säge von 8, 6, 4 und 2 Pfennigen in der 1.-4. Klasse sind damit auf 77, 43, 26 und 17 Pfennig gekommen, so daß jetzt die Reise in 4. Klasse auf mehr als das Doppelte der einstufigen Fahrt in 1. Klasse zu stehen kommt. Hierzu kommt noch, daß einmal, wie auch früher, die Kilometerbruchteile auf volle Kilometer, dann aber auch, sobald die Fahrt über 5 Km. kostet, die Preise auf 50 Pfg. und bei mehr als 10 Km. auf eine volle Mark abgerundet werden. Dazu kommt ferner die Erhöhung der Schnellzugauschläge bis 75 Km. 1. und 2. Klasse von 8 Mk. auf 10 Mk., 3. Klasse von 4 Mk. auf 5 Mk.; von 75-150 Km. 1. und 2. Klasse von 16 auf 20 Mk., 3. Klasse von 8 auf 10 Mk.; über 150 Km. 1. und 2. Klasse von 24 auf 30 Mk., 3. Klasse von 12 auf 15 Mk. Für den Gepäckertransport stehen die Tarife zur Zeit noch nicht fest. Die Bettkartenpreise werden schon vom 1. November ab erhöht und künftighin betragen in der 1. Klasse 140 Mk. (bisher 80 Mk.), in der 2. Klasse 70 Mk. (bisher 40 Mk.). Die Vormerkgebühr für die Vorausbestellung von Bettplätzen beträgt für die Bettkarte 1. Klasse 14 Mk. (bisher 6 Mk.), für die 2. Klasse 7 Mk. (bisher 4 Mk.). Der Preis für eine Bettkarte 3. Klasse wird voraussichtlich 40 Mk. betragen, die Vormerkgebühr 4 Mk.

Eindeckung mit Kartoffeln. Nachdem jetzt wieder milderes Wetter eingetreten ist, muß allen, die ihren Kartoffelbedarf noch nicht im Keller haben, geraten werden, sich sofort einzudecken, bevor neue Schwierigkeiten entstehen.

Der Ankauf von Gold für das Reich erfolgt in dieser Woche wieder zum Preis von 600 Mark für das Zwanzigmarkstück usw.

Postkarten mit 6 Worten sind billiger als mit 5. Eine Ansichtskarte, auf der, abgesehen von dem Empfänger, nur der Absender seinen Namen, seinen Wohnort usw. angegeben hat, kostet als Druckschadenkarte mit der Flugpost befördert 10 + 80 Pfg. = 90 Pfg. Schreibt man noch Gräße bis zu 5 Worten hinzu, so wird die Karte eine gewöhnliche Druckschadenkarte und kostet 15 + 80 = 95 Pfg. Sobald man aber 6 Worte auf die Karte schreibt, so kostet sie nur 80 Pfg. Sie ist eine Postkarte geworden, die an sich 40 Pfg. kostet, für die aber der Flugpostzuschlag nur 20 Pfg. beträgt. Druckschaden sind bei der Flugpost teurer als Briefe. Eine Druckschadenkarte bis zu 20 Gramm kostet 15 + 80 = 95 Pfg., ein geschlossener Brief in demselben Gewicht dagegen nur 20 + 60 = 80 Pfg.

Kein Brennen von Topinambur. Nach amtlicher Mitteilung ist die Aufhebung des Verbots zum Brennen von Topinambur nicht zu erwarten.

Erhöhung der Schreibgebühren. Durch eine Verordnung des württ. Staatsministeriums sind die Schreibgebühren der Rechtsanwälte, Notare, ferner des Gerichts auf 2 Mark für die Seite erhöht worden.

Günzach, 29. Okt. (Einbruch). Am Freitag mittag wurde hier, während die Bewohner auf dem Felde waren, im Hause des Holzbauers Springmann eingebrochen und Sparkassenbücher und sonstige Schriftstücke, sowie 2000 Mk. Bargeld gehohlet. Der Verdacht wendet sich gegen zwei vogelbändigende Burken, welche im Ort gesehen wurden.

Calw, 29. Okt. (Oberschlesische Kinder). Am Donnerstag kamen in Stuttgart 70 Kinder aus Oberschlesien an, welche am Mittwoch in Rattowig abgefahren waren und von Osten stammten, welche den Polen zugesprochen sind. Es sind Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren, kath. und evang. Konfession. 22 dieser Kinder kamen am Abend noch hierher und fanden über Nacht Quartier in Privathäusern.

Landwirtschaftliches.

Zur Kartoffelpreisbildung.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Entwicklung der Kartoffelpreise in den weitesten Kreisen große Erbitterung hervorruft. Alle diejenigen, die nicht durch höhere Löhne die Steigerung der Preise wieder ausgleichen können, werden durch die Teuerung außerordentlich getroffen.

Es ist dringend notwendig, in dieser Hinsicht zur Verhütung beizutragen. Der Reichs-Landbund unterstützt diese Bestrebungen durch umfangreiche Aufklärung darüber, warum in diesem Jahre notwendig ein erhöhter Kartoffelpreis zu erwarten war.

Zunächst stellt er fest, daß die Ernte in sehr vielen Bezirken weit unter Mittel liegt und vielfach eine große Enttäuschung hervorruft. Bereits im vorigen Jahre hat der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Schmidt im März 1920 einen Höchstpreis von 25 Mark festgesetzt und für die Lieferungsverträge mit den Städten wurden sogar 30 Mark für den Zentner vereinbart, der sich bei Lieferung im Frühjahr 1921 sogar auf 33 Mark erhöhte.

Seit dem Frühjahr 1921 hat sich aber nun an allen Gebieten eine ganz erhebliche Teuerung geltend gemacht.

Was in bezug auf die Kartoffeln in erster Linie dabei in Frage kommt, sind die Futtermittel. Hier verzeichnen wir gegenüber dem Frieden folgende Entwicklung:

Table with 4 columns: Futtermittel, 1921, Ende Sept. 1921, Steigerung. Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kleie, etc.

Diese furchtbare Preissteigerung muß natürlich auch auf die Preise für Kartoffeln einwirken, die im Frieden bekanntlich zu zwei Dritteln verfüttert wurden.

Zur Preisstabilisierung in den Städten trägt dazu

aber noch weiterhin ganz erheblich die Verteuerung durch die Frachten. Die gegenwärtigen Eisenbahntarife betragen etwa das 8- bis 9fache des Friedensstands. Diese Erhöhung fällt namentlich erheblich bei der Versorgung der westlichen Provinzen ins Gewicht, die jetzt mehr als früher auf den Weg aus den östlichen Provinzen unseres Vaterlandes angewiesen sind. Infolge des Verlustes von Posen und Westpreußen ist die Basis für Kartoffelausläufe im Osten auch so schmal geworden, daß sich alles auf Pommern und Ostpreußen und die Grenzmark stützen muß, während früher die westlichen Provinzen in der Hauptsache aus Holland oder Mitteldeutschland, insbesondere aus der Provinz Hannover ihre Kartoffeln bezogen. Bei Verwendung von Kartoffeln von Ostpreußen nach der Rheinprovinz beträgt die Fracht für jeden Zentner Kartoffeln rund 7 Mark. Von den pommerschen Stationen Stettin und Stoll beträgt die Fracht für 100 Kilo nach Münster in Westfalen 8,96 Mark bzw. 10,99 Mark, während früher für 100 Kilo ab Gronau-Grenze 20 Pfg. bzw. ab Hannover-Nord 47 Pfg. zu zahlen waren.

Für diese Frachterhöhung, die natürlich erheblich auf den Kartoffelpreis in den großen Städten und Industriebezirken einwirken muß, kann man aber die Landwirtschaft nicht verantwortlich machen.

Der Wetterdienst.

Die Wettervorhersagen des öffentlichen Wetterdienstes, die bekanntlich durch sämtliche Telegraphenanstalten übermittelt und von diesen öffentlich angeschlagen wurden, erforderten bislang einen Betrag von 2,5 bis 3 Mill. M. jährlich. Die Reichspostverwaltung glaubt nun, in Zukunft für diese Drahtungen keinen Vorzugstarif mehr bewilligen zu können. Damit würden die für den Wetterdienst erforderlichen Jahresausgaben auf 16 Millionen Mark, und im Falle einer weiteren Erhöhung der Telegraphengebühren, die doch vor der Tür steht, auf ungefähr 20 Millionen Mark jährlich wachsen. Das Reichswirtschaftsministerium hat es daher abgelehnt, eine entsprechende Bewilligung zu erteilen. Es begründet seinen Widerstand damit, daß in der Allgemeinheit kein Interesse an den öffentlichen Wetter-

Wie wir aus Landbündeln hören, erregt diese Angelegenheit in der Landwirtschaft Besorgnis und Mißfallen. An der Wichtigkeit des öffentlichen Wetterdienstes kann billigerweise nicht gezweifelt werden. Ein Abbau auf diesem Gebiet wäre für die landwirtschaftliche Produktion und für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ein ungeheurer Schaden. Der Wetterdienst sollte keinesfalls abgebaut, sondern im Gegenteil ausgebaut werden. Seine Vermehrung um Frohvorkhersage und Regenvorhersage auch während der Wintermonate ist eine viel gebührende Forderung, deren Berechtigung auf der Hand liegt.

Sollte tatsächlich, um im Etat der Reichspost Ersparnisse zu machen, der Wetterdienst eine Einschränkung erfahren, so könnten wir darnur nur den ablehnen Fatalismus erblicken, der sich neuerdings auch in anderen Reichsämtern zum Schaden der Allgemeinheit breit macht. Wir erinnern in diesem Falle nur an die unzulängliche Wagenstellung für Kartoffeltransporte, die das Reichsverkehrsministerium damit begründet, daß, Aerwegen für Kartoffeltransporte nicht laufen dürfen, auch in den Fällen nicht, wo es an der Dinstkraft in die Kartoffelerzeugungsgelände wie z. B. Sommer bekanntermaßen fehlt.

Marktpreis für freies Getreide. Zur Berechnung des Unterschieds zwischen dem Umlagepreis und dem Marktpreis für freies Getreide zum Liefertermin am 15. Oktober wurde der Marktpreis für freies Getreide durch die Reichsgetreidestelle wie folgt für die Tonne festgesetzt: Weizen 4750, Roggen 3800, Wintergerste 4550, Sommergerste 5400, Hafer 4000 Mk. Die Festsetzung gilt nur für solches Originalsaatgut, für das der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nicht bereits einen festen Betrag, der an Stelle des Unterschieds zwischen dem Umlage- und Marktpreis für freies Getreide zu zahlen ist, bestimmt hat.

Unsere Zeitung bestellen!



Am Freitag brachte jeder Gastgeber sein Kind zur Bahn: 6 kamen nach Hohendorf, wo sie durch Vermittlung von Pfarrer Reuschler unterkunft fanden, 16 kamen nach Zwergenberg, wo sich Pfarrer Riese für ihre Unterbringung bemüht hat.

**Oberndorf, 30. Okt. (Streitschluß.)** Der Streik der Bauarbeiter ist beendet. Die Arbeit wurde heute an allen Stellen wieder aufgenommen. Auch die Vollendung des fah. Vereinshauses war von dem Streik befreit.

**Stuttgart, 30. Okt. (Vertretertag der Württembergischen Bürgerpartei.)** Im Stadtgarten fand gestern der 4. Vertretertag der Württ. und Hohenzoller. Bürgerpartei statt, der aus allen Teilen des Landes zahlreich besetzt war. Der Vorstand der Partei wurde einstimmig wiedergewählt.

**Stuttgart, 30. Okt. (Vom Landtag.)** Der Polizeiausschuß des Landtags wird am nächsten Mittwoch zusammentreten zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Verstaatlichung der Polizei. Der staatsrechtliche Ausschuss hält am Donnerstag eine Sitzung ab zur Beratung des Gesetzentwurfs über Farben und Wappen von Württemberg.

**Stuttgart, 30. Okt. (Gefallenendenkmal.)** Für das Ehrenmal für die Gefallenen auf dem Waldfriedhof sind nunmehr 200 000 Mark beisammen. Die Vereinbarung württ. Banken und Bankiers hat allein 30 000 Mark gestiftet, die Gebirgsschützen ermittelten 530 Mk., die Gedächtnisfeier am Sonntag erbrachte 2800 Mk. Die planmäßige Sammelarbeit setzt jetzt erst recht ein.

**Verbot des „Kommunist“.** Wie wir erfahren, erschien am Samstag früh auf der Redaktion des „Kommunist“ die Kriminalpolizei und verbot im Auftrag des Ministeriums des Innern das Erscheinen des Blattes und seiner Kopienblätter auf 8 Tage. Als Grund für die Maßnahme wurde folgender Satz aus dem gestrigen Artikel „Die Sinnverfälschung der Eisenbahnen“ angegeben: Das neue Reichskabinett aus Zentrum und Sozialdemokraten, es erweist sich am ersten Tag als die feile Dirne von Stinnes.

**Lohnbewegung der Landarbeiter.** Vor dem Schlichtungsausschuß wurde in dieser Woche über die Lohnhöhung der Landarbeiter verhandelt. Eine Einigung kam nicht zustande. Das württ. Arbeitsministerium wird nun eine Entscheidung herbeiführen. Ueber die Frage der Urlaubsberechnung an Landarbeiter wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß urlaubsberechtigt ist, wer vom März jeden Jahres ab bis zur vollendeten Einheimung der Früchte 140 Tage lang bei dem gleichen Arbeitgeber gearbeitet hat.

**„Haus der Landwirte“.** Der Landw. Hauptverband hat seine Geschäftsstelle in die kürzlich erworbene Gastwirtschaft Kaiserhalle, Ecke Repler- und Schellingstraße verlegt und bezeichnet sein neues Heim als das Haus der Landwirte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes.

**Zur Kartoffelablieferung.** Die württ. Landwirtschaftskammer, der Landw. Hauptverband, der Verband landw. Genossenschaften und der Schwäb. Bauernverein erlassen im Wochenblatt für Landwirtschaft einen erneuten Aufruf zur Ablieferung von Kartoffeln für die minderbemittelten Kreise.

**Baumwartprüfungen.** Die Obstbauabteilung der württ. Landwirtschaftskammer hält im Januar 1922 in Ulm die ersten Oberamts- und Gemeindebaumwartprüfungen ab.

**Crailsheim, 30. Okt. (Städt. Grundbesitz.)** Der Gemeinderat genehmigte den Kauf der Anwesen zum „Wilden Mann“ und zum Wilden Mann-Keller für die Stadtgemeinde mit einem Aufwand von 510 000 Mark. Ein Teil der erworbenen Grundstücke soll als Bauplatz erschlossen werden.

**Ulm, 29. Okt. (Diebe und Diebstahl.)** Lange Zeit waren die Ortschaften Laupheim, Dautheim, Mietingen, Fischbach durch sich immer wiederholende Diebstähle beunruhigt. Schließlich gelang es, die Diebe zu fassen. Es war der Gelegenheitsarbeiter Friedrich Habdank und Edward Winter von Laupheim. Neun schwere Diebstähle wurden ihnen zur Last gelegt. Vier weitere Angeklagte, Frau und Schwestern des Winter, hatten sich vor der Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Habdank, der schon schwer vorbestraft ist, erhielt unter Einrechnung einer in Ravensburg erkannten Gefängnisstrafe von 1 Jahr 4 Monaten wegen neun vollendeter und 2 versuchter Verbrechen des schweren Diebstahls 4 Jahre Gefängnis, der ebenfalls vorbestrafte Winter 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus. Die Frauenpersonen kamen mit leichteren Strafen davon.

**Heidenheim, 30. Okt. (Ein alter Brauch lebt wieder auf.)** Bis zum Jahr 1828 wurde hier alle 2 Jahre ein Schäferlauf abgehalten. Damals löste sich die Schäfergilde auf, die Schäferlade mit 1200 Gulden floh in die Stadt. Da jetzt wieder ein rühriger Schäferverein besteht, und die Schäfergilde recht gepflegt wird, soll das Volksfest wieder auflieben und der Schäferlauf im nächsten Sommer wieder hier abgehalten werden.

Die Bäckereiarbeit gibt bekannt, daß von jetzt an 1 Pfund Weizenmehl 4,50 Mk., 1 Kilogramm Weißbrot 8,40 Mk., 1 Bienen 1 Mk., 1 Dreipel 50 Hg. kostet.

#### Die Donauberflutung.

**Karlsruhe, 30. Okt.** In einer kolonialistischen Zuschrift an das badische Regierungsblatt, die „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt, daß die Versickerung von Donaunasser nach der Hoch schon seit Jahrhunderten besteht. Bei der Versickerung handle es sich um einen natürlichen Vorgang, der nicht einfach willkürlich zu ändern einsehbar geändert werden kann. In dieser Hinsicht würde auf einen Versuch eine Versickerung von Wasser...

Württemberg nichts geändert. Die Besichtigungsbreise des württ. Ministers des Innern Graf auf badischem Gebiet sei mehr als auffällig gewesen. Der badische Regierung und den maßgebenden Beamten sei von dieser Besichtigung nichts bekannt gewesen. Die badische Regierung habe die württembergische schon vor längerer Zeit wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen über diese Frage bereit sei. Bestrebungen habe es hervorgerufen, daß auf württembergischer Seite bei Friedlingen ein Elektrizitätswerk errichtet wird und dort Wasserkräfte nutzbar gemacht werden, die zum Teil Baden gehören, ohne daß die badischen Interessenten und Behörden gehört wurden.



#### Die überstürzten Einkäufe.

Dem „N. L.“ wird geschrieben: Die Verschlechterung unserer Valuta hat in der ersten Hälfte dieser Woche zu einer Houffe an der Börse geführt, die aber bereits wieder etwas abgeklübt ist, nachdem Dollar und Franken gesunken, der Wert der Reichsmark im Ausland gestiegen ist. Diese Veränderungen an der Börse waren aber die Ursache einer unglücklichen Kaufmanie am Markt der Lebensmittel und der Bedarfsgegenstände aller Art. Es sind die bekannten Angstkäufe, die seit 10 Tagen vom Publikum vorgenommen werden in einem Umfange, wie wir ihn noch selten erlebt. Durch diese unsinnigen Masseneinkäufe wird der Warenvorrat verringert und die unrelle Preissteigerung begünstigt. Mit den Textilwaren begann es. Der Andrang zu den Geschäften war zeitweise so stark, daß sie vorübergehend geschlossen werden mußten. Weit über den augenblicklichen Bedarf hinaus wurde eingekauft, um die Papierseine „tücher“ anzulegen. Nun folgten — begünstigt durch unser Valuta-Um und die Teuerungswelle — die Anstürme auf Lebensmittel wie Reis, Kaffee usw. Gerüchte begannen zu kreisen: dieses und jenes Lebensmittel ist nicht mehr zu haben, ist im Preis gestiegen oder gar, wie in Heilbronn, wo man allgemein davon sprach, daß eines der größten Bekleidungsunternehmen in Stuttgart anverkauft sei. Das Publikum hat durch das an Wagnis grenzende Gebahren tatsächlich in vielen Fällen zu einer Preissteigerung getrieben und und dabei lag sachlich kein Grund vor, sich heute auf Monate einzubuden. Wer will es heute sagen, ob unsere Valuta sich heute nicht in kurzer Zeit wieder bessert, so daß die heutigen Einkäufe einen erheblichen Verlust für den Käufer bedeuten. Dies trifft vor allem auf Lebensmittel zu. Innerhalb 10 Tagen ist z. B. in Stuttgart der Preis für Schweinefleisch um mehr als 30 Prozent gestiegen, woran die Angstkäufe viel schuldig sind. Ähnlich ist es bei einer ganzen Reihe von Dingen. Gewiß, es stehen Preissteigerungen infolge der gestiegenen Erzeugungskosten und Lohnsteigerungen, auch neue Steuern bevor. Aber das darf kein Anlaß zu verschwenderischem Einkauf sein, der sich bei der Unklarheit und Unsicherheit der Verhältnisse zu erheblichen Schädigungen für die Gesamtheit auswachsen kann. Vielfach sind Preissteigerungen bereits eingetreten, so daß gar kein Grund zu überhastetem Einkauf vorliegt. Es gilt auch jetzt, wie in den langen, schweren, zurückliegenden Jahren für alle Glieder des Volkes, die Ruhe und die Besonnenheit nicht zu verlieren. Gerade die besitzenden Kreise sollten um der weniger günstig gestellten Volksgenossen willen jetzt sozial fühlend und denkend handeln und sich von Angstkäufen zurückhalten. Schon die ruhige Ueberlegung der Verhältnisse in den Jahren 1920 und 1921, die doch wahrlich an ernstesten Krisen reich waren, mußte die Lehre geben, daß auf Wochen der Erschütterung und des Tiefstands auch wieder Besserungen eintreten. Darum ruhige Ueberlegung und nicht Nervosität! Dies gilt besonders den Hausfrauen, die sich nur allzu leicht von Gerüchten ins Bodstern jagen lassen.

#### Vermischtes.

**Hilfe der Landwirte.** Dem Bezirkshilfswerk Gänzburg a. Donau stehen die Kottelbenden zur Verfügung 6000 Ztr. Kartoffel, 1550 Ztr. Getreide, außerdem eine Summe von 33 000 Mk. — Schloßbesitzer Hans von Stetten überließ der Gemeinde Burtendach 20 Ztr. Getreide zu 100 Mark, obwohl die zum Gut gehörigen Güter stark verhaftet wurden.

**Wie die Ausländer unsere Valuta ausnützen.** In ein Münchener Herrenwäschegeschäft kam, wie die „N. N.“ erzählen, ein Ausländer und ließ sich von der Verkäuferin die teuersten Seidenkravatten vorlegen. Eine Gruppe gefiel ihm besonders und er fragte nach dem Preis des Stückes. Als die Verkäuferin den Preis mit 40 Mk. nannte, erklärte er: Geben Sie mir sofort 60 Stück! — Der Mann war Italiener.

**Passsamminger.** In München wurden ein ehemaliger Opernsänger, ein Schauspieler und ein Konzertdirektor aus Landsbut festgenommen, die sich mit der Herstellung von grünen fünfzig-Mark-Banknoten (Ausgabe vom 24. Juni 1919) befaßten, von denen sie bereits für 100 000 Mk. hergestellt hatten. Von dem falschen Geld konnten noch 46 000 Mk. beschlagnahmt werden.

**Rassenräuber.** In Regio in der Mark drangen 6 bewaffnete Räuber in das Postamt ein und raubten 2—300 000 Mark aus der Kasse. Mit der Beute fuhren sie in einem Auto in der Richtung Berlin davon.

**Brand.** In Calbe a. Saale ist ein großer Teil der Bandel'schen Malzfabrik und Getreidehandlung abgebrannt. Außer wertvollen Maschinen und Gebäuden wurden etwa 100 000 Zentner Gerste vernichtet.

**Die Arbeitslosigkeit in England.** Nach Mitteilungen des Londoner Mitarbeiters der Textilwoche beträgt die Zahl der Arbeitslosen in England gegenwärtig 1 405 000 Mann, und zwar 1 078 000 Männer, 229 000 Frauen, der Rest Knaben und Mädchen. Zu dieser Zahl kommen weitere 366 500 Arbeiter, die bereits seit länger als 8 Wochen Arbeitslosenunterstützung beziehen.

**Die europäische Damenmode in China.** Der Polizeichef von Schanghai hat einen strengen Erlaß gegen die auch im „himmlischen Reich“ sich einbürgernden neuen Damenmoden erlassen. Mit ersten Worten warnt er die Chinesinnen davor, diese europäischen „Schamlosigkeit“ einzuführen. „Die Kleidung der Frauen“ heißt es in der Verordnung, „ist in neuester Zeit vielfach zu kurz, so daß die Arme und die Fußstüßel zu sehen sind. Viele dieser Kleider sind eine Nachahmung fremder Moden und verunflachten die Trägerinnen, die dann wieder wie Fremde noch wie Chinesinnen aussehen. Frauen mit solcher Kleidung sind schamlos genug, sich auf den öffentlichen Straßen zu zeigen. Alle Frauen, die in einem solchen Aufzug getroffen werden, sollen in Zukunft verhaftet und schwer bestraft werden.“

**Die Ernte in Rußland.** Nach genauen Berechnungen ergab die Getreideernte in Rußland und der Ukraine 2 Milliarden Pud. Nach Abzug des Saatgetreides bleiben 1 1/2 Milliarden Pud. Das Hungergebiet ergab um 133 Milliarden Pud weniger als berechnet war. (1 Pud = 16,38 Kg.)

#### Handel und Verkehr.

**Die Weltkornenernte.** Während 1920 der Gesamtkornenertrag sich auf 1 032 000 Ztr. belief, zeigte die Statistik über das laufende Jahr folgende Zahlen in 1000 Zentnern: Vereinigte Staaten 270, England 220, Deutschland 68, Tschechoslowakei 55, Frankreich 35, Belgien 16, Polen-Bolschynen 20, Südslawien 16, Australien 25, zusammen 725 000 Ztr. Da der Weltbedarf auf 1 Million Ztr. für das Jahr 1921—22 geschätzt wird, ergibt sich ein Fehlbetrag von etwa 300 000 Zentnern.

**Wangen i. N., 29. Okt.** Der Oktober-Pferdemarkt war zahlreich besucht und mit etwa 300 Pferden besetzt. Die Preise bewegten sich zwischen 18 000 bis 20 000 Mk. für gute Arbeitspferde, 22 000 bis 25 000 Mk. für ganz schöne Pferde. Der Handel ging nicht sehr lebhaft und machte sich ein Senten der Preise bemerkbar. In den Gastställen waren über 900 Pferde eingestallt.

**Vom Ries, 29. Okt.** Dem letzten Viehmarkt waren 700 Stück zugetrieben. Die Preise sind etwas gesunken. Es wurden gehandelt: für einen Ochsen 8500 Mk., für einen Stier 2200—3150 Mk., für eine Kuh 5000—5350 Mk. für eine Kalbe 2450—3060 Mk., für ein Stück Jungvieh 1900—3800 Mk. Der Handel war gedrückt.

**Stuttgart, 29. Okt.** Der Obstgroßhandel flaut ab, Zufuhr und Nachfrage gehen zurück; die Preise halten sich für geringe Ware knapp auf dem bisherigen Stand; für ausgesuchte Qualitäten in Winteräpfeln sind sie etwas in die Höhe gegangen. — Der Mostobverkehr geht ebenfalls zurück; einheimisches Obst geht zu Ende; in französischem Obst ist die Nachfrage zurückhaltend. Die Preise stehen auf 120—130 Mk. pro Htr. im Kleinverkauf. — Der Gemüsemarkt ist ruhig. Spinat und Endivien sind wenig gefragt, Weißkohl besser. Knappheit herrscht in Rotkohl, Weißkohl und besonders in Weißkohl. Die Hilderbauern lassen sich nicht mehr auf dem Charlottenplatz bilden und verkaufen ihr Kraut im Ambergelien; der Bedarf ist noch nicht gedeckt.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** Auch in dieser Berichtswoche hat sich die deutsche Saluta beständig verschlechtert. Das Geld ist so groß, daß man sich fragt, ob es noch größer werden kann, ohne den völligen Zusammenbruch heraufzubeschwören. Die Lösung der Berliner Regierungskrisis hat nichts daran geändert, das Vertrauen ist geschwunden. Am 28. Oktober notierten 100 deutsche Mark in Zürich 3,05 (am 21. Oktober 3,47%) Franken; in Amsterdam 1,64 (1,86%) Gulden; in Kopenhagen 8,10 (8,55); in Stockholm 2,50 (2,80) Kronen; in Wien 2347 (2194) Kronen; in London 7 (5,38) Schilling; in New York 0,57% (0,60) Dollar und in Paris 84 (11%) Franken. Das bedeutet also, daß ein Dollar 174,68 Mark kostet. Kein Wunder, daß die deutsche Reichsbank jetzt für ein 20 Markstück 600 Mark bezahlt.

**Börse.** Die Haussebewegung an der Börse geht immer noch weiter. Die allgemeine Geldentwertung läßt die Aktien sozusagen von selbst steigen und bereitet dem Spekulationsfieber eine breite Bahn. Es verlohnt sich, einmal von der Stuttgarter Börse einige Kurssteigerungen auszurechnen. Vom 14.—27. Oktober ist ein sonst so stilles Papier wie Bilit. Bankanstalt von 244 auf 450, Württ. Vereinsbank von 270 auf 450 und Württ. Notenbank von 460 auf 650 Prozent gestiegen. Feinmechanik Tuttlingen ging von 1100 auf 1700, Junghans von 605 auf 990, Kammgarn Bietigheim von 1270 auf 1700, Korb und Schale von 1800 auf 1800, Stuttgarter Zucker von 680 auf 1000 und sogar die früher immer so vernachlässigten Schlepsschiffahrtsaktien von 370 auf 800 Prozent. Das Geld regt also auf der Straße. Der Geschäftsantrieb der Spekulanten ist so ungeheuer, daß die Börsen immer wieder einmal ein paar Tage geschlossen werden müssen, damit die Kursmakler und die Banken ihre Aufträge ausarbeiten können. Zahlreiche Aktien erlangen überhaupt keine Notierung, weil Angebot und Nachfrage nicht in Übereinstimmung zu bringen sind und geradezu phantastische Kurse zustande kämen.

**Produktenmarkt.** Auch im Produktenverkehr hat eine tolle Preislage eingetreten, die eine furchtbare Wirkung im Brot besorgen läßt, wenn nicht bald ein Rückschlag erfolgt. Am 28. Oktober notierte in Berlin Weizen 303—304 (+ 40 Mk.), für Roggen und Gerste kam überhaupt keine Notierung zustande. Haber erzielte den Kurs von 235 bis 240 (+ 20), Mais 263 bis 287 (+ 40) Mk. d. Str. An der letzten Stuttgarter Landesproduktenbörse hat Heu um 20, Stroh um 10—20 Mk. angezogen; das eine wurde mit 180—200, das andere mit 80—90 Mk. bezahlt. Im freien Handel sind die Preise die ganze Woche weiter gestiegen.

**Warenmarkt.** Die Kohlennot wird von Woche zu

Woche schlimmer. Alle Preise ohne Ausnahme gehen weiter angezogen. Vielfach tritt sogar schon Warenknappheit auf. Ausländer überfluten das Land und betrachten unser ganzes Geschäft als einen großen Ausverkauf. Aber auch die Inlandsbevölkerung kauft angesichts der Teuerung und ihrer mutmaßlichen Fortsetzung an Waren zusammen, was noch zu haben ist. Die Folge wird eine Ueberfüllung sein, die auch den unausbleiblichen Preisrückschlag wieder mit sich bringen muß; aber nie erschien der Preisabbau in so weiter Ferne wie heute. Bezeichnend ist beispielsweise die Steigerung der Häutepreise um etwa 40 Prozent. Margarine ist schon wieder vom Verband im Preis erhöht worden. Textilwaren und Lederartikel werden bald unbezahlbar sein und steigen täglich. Es geht bei uns immer österreichischer zu.

**Wichmarkt.** Das Geschäft war in dieser Woche wieder lebhaft zu anziehenden Preisen. Im Oberland wurden bezahlt: Färren bis zu 10 000 Mk., Ochsen bis 11 000, Kühe bis 8000, Kalbeln bis 10 500, Jungcylinder bis 4500, Mutter Schweine bis 2800, Käufer Schweine bis 600 und Milchschweine durchschnittlich 200 Mark für das Stück.

**Holzmarkt.** Nadelstammholz ist jetzt sehr fest. Die Preise ziehen flott an.

### Letzte Nachrichten.

#### Eine freche Antwortnote.

**WTB. Berlin, 30. Okt.** Der deutsche Botschafter in Paris hat auf die Note der deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Antwortnote erhalten:

„Ew. Exzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober mitgeteilt, daß die deutsche Regierung gemäß der von den alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entscheidung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in D e s s e n die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müsse, bezeichnen wird.“

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben. Aber sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrags von Versailles getroffenen Entscheidung irgend wie eine Verletzung dieses Vertrags darstellt.“

Infolge dessen betrachten sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die ihnen von Ew. Exzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung zurückbehalten (retenir) daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Okt. mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.“

**WTB. Karlsruhe, 30. Okt.** Die Wahlen zum badischen Landtag sind, soweit bisher bekannt, völlig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war ziemlich reger. In der Stadt Karlsruhe haben von 70 500 Wahlberechtigten 59 765 abgestimmt. Es erhielten die Reichstisocialisten 19 410, das Zentrum 12 764, die Kommunisten 3394, die Demokraten 7 146, der Landbund 92, die U.S.P. 3672, die Deutschnationalen 8 413, die Wirtschaftsovereinarbeitung 1 678, die Deutsche Volkspartei 7007 Stimmen. Ungültig waren 368 Stimmen.

**WTB. Paris, 30. Okt.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin, Brsel, das amerikanische Ratifikationsdokument zum Friedensvertrag nächste Woche in Berlin übergeben und die Ratifikation des Reichstags in Empfang nehmen. Im Anschluß daran werde in den Vereinigten Staaten die Proklamation des Friedenszustandes erfolgen und die Ernennung von amerikanischen Konsuln in Deutschland bekannt gegeben werden. Die Konsuln würden wahrscheinlich ihre Tätigkeit noch vor Ernennung des amerikanischen Botschafters für Berlin aufnehmen.

**WTB. Prag, 29. Okt.** Das über einige Teile der Tscheko-Slowakei verhängte Standrecht ist auf die ganze Tscheko-Slowakei ausgedehnt worden. Raub, Brandstiftung und Diebstahl gegen die Sicherheit des Staates sind mit Todesstrafe bedroht. Das Militär hat Befehl erhalten, Störungen der öffentlichen Ordnung rücksichtslos zu unterdrücken.

**WTB. Berlin, 31. Okt.** Dampferunglück auf dem Havel. Am Sonntag fuhr ein Motorboot und ein Dampfer, beide der Sieringgesellschaft gehörend, zusammen. Das Motorboot, das aus der Richtung Kladow kam und ungefähr 90 Personen fassen soll, wurde von dem Dampfer in der Mitte gerammt. Der Dampfer war leer, da er erst kurz zuvor Personen für einen Potsdamer Ausflug besördert hatte. Wieviel Personen sich auf dem Motorboot befanden, ist noch nicht festgestellt. Es sind bisher 16 oder 17 Personen gerettet worden. Die näheren Feststellungen über die Schuldfrage erfolgen zur Stunde noch.

**WTB. Hamburg, 30. Okt.** Der vom Bremer Vulkan für die Hapag erbaute Dampfer „Württemberg“ ist im Hamburger Hafen eingetroffen. Die „Württemberg“ ein Schwesterschiff der „Bayern“, wird am 10. oder 11. November die Ausreise nach Rußland antreten.

#### Wahlmännliches Wetter.

Am Dienstag, den 1. November: Meist trüb, etwas regnerisch, mäßige Abkühlung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag: der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

### VOLKSBIKDUNG

Am Mittwoch, den 3. Nov., abends 8 Uhr beginnen die

### LESEABENDE

im unteren Schulhaus, 1. Stock, Klassenzimmer rechts. Näheres s. Artikel in der letzten Nummer ds. Bl. Rege Teilnahme erwünscht!

### Hochzeitskarten und Verlobungskarten

fertigt rasch und preiswert die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Altensteig.

#### Monhardt.

Zwei schöne, mächtige, zur Zucht geeignete 15 u. 16 Monate alte



### Färren

Rotfleder, Rottweiler Abstammung, steht dem Verkauf aus **Johs. Seeger.**

### Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41

empfehlen

Gärolin (Gährungsmittel)  
Weinsteinsäure : Citronensäure  
Weinschöne  
Chem. Untersuchungen von Most und Wein.

### Straßensperre!

Von Dienstag, den 1. Nov. ab ist die Straße durch den hies. Ort wegen Bewalzung bis auf Weiteres für Schwerverkehr gesperrt.

Simmersfeld, den 31. Okt. 1921.

Schulh.-Amt.

Altensteig

### Winter-Fahrpläne

sind erschienen in zwei Ausgaben  
große Ausgabe zu Mk. 5.—  
kleine „ zu Mk. 2.50.

Vorrätig in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.



Altensteig.

Borzügliche Qualitäten

### Kaffee

gebrannt, von Mk. 30.— an das Pfund, empfiehlt

Fritz Bühler jr.

### Nähmaschine

zu kaufen gesucht.  
Schriftliche Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### NISSIN

gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen.  
Zu haben Apotheke.

Bestorbene.

Beihingen: Marie Groß, geb. Ruoff, 73 J. alt.



Altensteig.

### Sorfe-Melasse

Hafer- „

Kleie- „

Pferde- „

Spreuer- „

### Reisfutttermehl

empfehlen von frischen Sendungen.

J. Wurster.

